



Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen
Sparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich
A-1015 Wien, Schuberting 14, Postfach 26
Telefon: +43 1 513 15 88-0*
Telefax: +43 1 513 15 88-25
E-Mail: office@gaswaerme.at
Internet: www.gaswaerme.at



Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Per Email an: igma@e-control.at

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht von

Unser Zeichen

DW

Datum

LI/DÜ

39

26.11.2012

Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf „Intelligente Gas-Messgeräte-AnforderungsVO 2012 – IGMA-VO 2012“

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Fachverband Gas Wärme nimmt zum Entwurf der oben angeführten Verordnung wie folgt Stellung:

I. Allgemeines:

Auch wenn der Entwurf zur IGMA-VO 2012 nur Anforderungen an intelligente Gas-Messgeräte definiert, möchten wir eingangs grundsätzlich anmerken, dass intelligente Messgeräte keine unabdingbare Voraussetzung für eine regelmäßige und zeitnahe Kontrolle des Energieverbrauchs sind (wie dies aus den Erläuterungen zu schließen ist). Auch eine generelle Reduktion des Gasverbrauches ist mit den derzeitigen Messgeräten möglich. Angesichts der begrenzten Einsatzmöglichkeiten von Erdgas im Haushaltsbereich teilen wir daher nicht die Ansicht in den Erläuterungen (Vorblatt zu den Auswirkungen in umwelt-politischer Hinsicht), dass die Implementierung von intelligenten Messgeräten ein „wesentlicher Bestandteil der Energieeffizienzmaßnahmen“ ist.

Die Auftragsstudie der E-Control¹ nimmt ein unrealistisches Einsparpotential von 7% für den Gasbereich an, das aber selbst durch die zitierten Quellen nicht belegbar ist; diese internationalen Analysen kommen nämlich zu einem Einsparpotential von lediglich 2% für Gas² und damit ergibt sich ein negatives volkswirtschaftlich Ergebnis in allen vier angeführten Rollout-Szenarien der PwC-Studie.

¹ PwC Österreich, Studie zur Analyse der Kosten-Nutzen einer österreichweiten Einführung von Smart Metering, 2010.

² DECC (2009, 18): „2.8% for electricity (credit and PPM); 2% for gas credit and 0.5% for gas PPM.“; Sustainability first (2007, 36): „Nevertheless, we still feel it is right to stick to 1-3% for the domestic sector, until more empirical GB evidence is available.“; SenterNovem (2005, 12): „Savings on Electricity due to feedback 2%, Savings on Gas due to feedback 2%.“ In der ebenfalls zitierten Studie von Dettli et al (2009) wird der Einspareffekt ausdrücklich nur im Stromsektor abgeschätzt und kann daher nicht auf den Gasbereich übertragen werden.

Diese Diskussion über Kosten und Nutzen intelligenter Gas-Messgeräte wird aber ohnehin im Rahmen einer allfälligen Einführungsverpflichtung zu führen sein. Das Bemühen, Mindestanforderungen für intelligente Gasmessgeräte zu schaffen, ist grundsätzlich positiv zu sehen. Es ist aus Sicht der Gasnetzbetreiber jedoch auch erforderlich, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für das Umfeld geschaffen werden und vor dem Erlassen der IGMA-VO die offenen Fragen im Bereich Eichrecht, Datenschutz und -sicherheit geklärt sind. Die aktuell stattfindende, eingehende Diskussion zur IMA-VO Strom zeigt, dass essentielle Fragestellungen zu diesen Themen unbedingt zu klären sind, um den Netzbetreibern sowie der Zählerindustrie die erforderliche Investitionssicherheit zu geben.

Da der vorliegende Entwurf der IGMA-VO viele Parallelen zur bereits in Kraft befindlichen IMA-VO Strom in Bezug auf Datenschutz, Datensicherheit und Eichrecht aufweist, ersuchen wir dringend, die Ergebnisse aus den Diskussionen zur IMA-VO abzuwarten und entsprechend in einen Entwurf zur IGMA-VO einfließen zu lassen. Darüber hinaus sollte der Inhalt des aktuellen Entwurfs der IGMA-VO mit Vertretern der Gasnetzbetreiber, der Industrie und der Eichbehörde diskutiert werden, um detaillierte Fragen zur technischen Realisierung der Funktionalitäten, des Eichrechts und der Datensicherheit für den Gasbereich zu klären. Ein von allen beteiligten Parteien österreichweit durchgeführter Feldversuch zum Test der Kommunikationsinfrastrukturen (Anbindung der Gaszähler über Stromzähler bzw. über eigenen Datenkonzentrator) könnte zudem aufzeigen, wie künftige Systeme mit diversen intelligenten Messgeräten technisch und wirtschaftlich sinnvoll realisiert werden können. Die aktuell angebotenen Industrielösungen zur Spartenintegration von intelligenten Messgeräten sind nach derzeitigen Piloterfahrungen derzeit noch keinesfalls serienreif. Für spartenintegrierte Unternehmen ist besonders wichtig, dass Lösungswege für die Implementierung von Systemen mit intelligenten Messgeräten gesamthaft, also spartenübergreifend diskutiert werden, um das Risiko für Stranded Investments minimieren zu können.

Vor diesem Hintergrund ist es aus unserer Sicht jedenfalls zu früh, wenn bereits jetzt ein VO-Entwurf vorgelegt wird. Wir schlagen vor, die IGMA-VO erst nach Vorliegen der Erkenntnisse aus den o. a. Aktivitäten zu formulieren.

Auch ist nicht abschätzbar, ob sich aus der bevorstehenden Novelle des EIWOG 2010 und des GWG 2011 geänderte gesetzliche Anforderungen ergeben werden.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen des Verordnungsentwurfes:

Im Einzelnen ist zum vorliegenden Entwurf auf folgende Punkte besonders hinzuweisen:

Aus unserer Sicht sind viele der Anforderungen unpräzise definiert und lassen einen Interpretationsspielraum offen. Beispielsweise ist in § 3 Z 1 nicht definiert, welche Befehle zu senden und zu empfangen sind und in § 3 Z 5 nicht definiert, für welchen maximalen Zeitraum die Rekonstruktion im Falle eines Ausfalls der Datenübertragung zu erfolgen hat. Auch ist betreffend die bei der Konfiguration der Schnittstelle geforderte Maximierung der Batterielebensdauer (§ 3 Z 7) nicht angegeben, von welcher Batterielebensdauer bei einem definierten Betrieb ausgegangen werden muss.

In § 3 Z 9 und 11 wird vom „anerkannten Stand der Technik“ gesprochen. Wie unterscheidet sich dieser vom „Stand der Technik“?

Wir erachten als erforderlich, dass detaillierte technische Festlegungen niedergeschrieben werden, um für Netzbetreiber und Lieferanten der Messgeräte Klarheit zu schaffen.

Zu § 3 Z 1:

Den Erläuterungen ist zu entnehmen, dass über die Kommunikationsschnittstelle des Intelligenten Zählers beispielsweise eine Fernabschaltung ermöglicht werden soll. Abgesehen von der Frage, ob Zählerfabrikate mit dieser Funktion im ausreichenden Umfang am Markt verfügbar sind, stellt sich die grundsätzliche Frage, ob die Behörde weitere Funktionen über Befehle ausführen lassen will. Um den Netzbetreibern die erforderliche Investitionssicherheit zu geben, regen wir an, die gewünschten Befehlsfunktionen vollständig festzulegen.

Zur Forderung, die Daten und Befehle in einem dem Stand der Technik entsprechend gesicherten Verfahren senden und empfangen zu können, verweisen wir auf unsere Ausführungen zu § 3 Z 9.

Zu § 3 Z 2:

Diese Forderung kann nur von wenigen Produkten erfüllt werden und führt zwangsläufig dazu, dass eine erhebliche Gruppe von Anbietern bzw. Produkten vom Einsatz ausgeschlossen wird. Damit sind erhöhte Kosten verbunden, wobei zu bezweifeln ist, ob diese Mehrkosten wirtschaftlich gerechtfertigt sind. Wir regen daher an, eine Umsetzung dieser Anforderung erst zu einem Zeitpunkt vorzugeben, wenn diese von einer größeren Zahl von Lieferanten erfüllt werden kann.

Für Messgeräte mit Temperaturkompensation gibt es keine Verordnungen bzw. Anweisungen, wie diese Geräte nachzueichen sind. Dies betrifft sowohl Zähler mit mechanischer, als auch elektronischer Temperaturkompensation. Wir weisen auch darauf hin, dass es derzeit nur für Balgengaszähler eine integrierte Temperaturkompensation gibt. Bei Drehkolben- und Turbinenradzählern ist eine direkte Temperaturkompensation im Zähler nicht möglich. Dies kann nur durch Zusatzgeräte erfolgen. Wir erlauben uns weiters darauf hinzuweisen, dass es derzeit in Österreich keine geeigneten ermächtigten Eichstellen gibt, um Zähler mit Temperaturkompensation nacheichen zu können.

Ungeklärt ist auch die Nacheichfrist bei mechanischen Zählern mit elektronischem Zählwerk und Temperaturmessung. Laut Maß- und Eichgesetz beträgt die Nacheichfrist bei Balgengaszählern 12 Jahre, bei externer Temperaturkompensation (Mengenumwerter) 5 Jahre.

Zu § 3 Z 3:

Es stellt sich die grundsätzliche Frage wie die Formulierung „*intelligenten Messgeräte, die über eine interne Speichermöglichkeit verfügen, ...*“ zu verstehen ist. Auch den Erläuterungen zu Z 3 bzw. Z 6 ist keine klare Abgrenzung zu intelligenten Zählern mit bzw. ohne internen Speicher zu entnehmen, welche eine eindeutige Interpretation zulässt. Wir regen daher an, die Vorgaben soweit klarzustellen, dass Netzbetreiber eine eindeutige Planung durchführen und schlüssige Spezifikationen erstellen können.

Die Sinnhaftigkeit der Aufzeichnung von Zählerständen in 60 Minuten-Intervallen bei Kunden mit einem Messgerät < G10 ist für uns nicht ersichtlich. Es handelt sich bei diesen Kunden um Haushaltskunden, welche maximal Geräte für Kochen, Warmwasser und Heizen im Einsatz haben. Dies ist einer der wesentlichen Unterschiede zu den elektrischen Geräten in einem Haushalt. Für die Beurteilung der Energieeffizienz ist ein Tageswert ausreichend.

Das Maß – und Eichgesetz sieht die Eichpflicht von Zusatzeinrichtungen bei Gasmessgeräten vor. Seitens des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen gibt es keine Definition, welche Zusatzeinrichtungen der Eichpflicht unterliegen. Für den Fall, dass davon auch ein Lastprofil im Gaszähler betroffen ist, sind dazu auch die Eichvorschriften entsprechend anzupassen.

In den Erläuterungen zu Z 3 wird im 3. Absatz erläutert, dass es ein Register für den um 06:00 Uhr gespeicherten Zählerstand (Tageslastprofil) und ein zusätzliches getrenntes Register für die Erfassung der 60-Minuten-Intervalle (1h-Lastprofil) geben soll. Da im 1h-Lastprofil ohnehin die Zählerstände gespeichert werden, kann der Kunde aus diesem Register heraus den täglichen Zählerstand um 06:00 Uhr ablesen. Ein zusätzliches getrenntes Tageslastprofil ist aus unserer Sicht daher nicht notwendig (analog Strom).

Der Begriff Integritätsprüfung ist vor allem in Bezug auf Umfang und Ablauf genauer zu definieren.

Wir schlagen eine Speichertiefe von 90 Tagen vor, sodass der Kunde ausreichend Zeit hat (3 Wochen), um die Daten auf der Rechnung / Verbrauchsinformation mit den Zählerdaten vergleichen zu können.

Um die definitive Speichertiefe festzulegen, sollte der Prozessablauf zuerst rechtlich verbindlich und detailliert definiert werden.

Zu § 3 Z 4:

Da die Datenauslesung im Verantwortungsbereich des Netzbetreibers liegt, sollte in den Erläuterungen zu Z 4 im 3. Absatz der 1. Satz wie folgt lauten: *„Um die Fernauslesung zu gewährleisten, haben die intelligenten Messgeräte über eine Kommunikationsschnittstelle zur Verbindung mit dem Netzbetreiber zu verfügen.“* Der Satzteil *„oder einem Dritten (z.B. einem öffentlichen Telekommunikationsanbieter)“* ist zu streichen.

Zu § 3 Z 6:

Es ist aus der Formulierung der Z 6 nicht zu entnehmen, wie zwischen intelligenten Zählern mit und ohne Speichermöglichkeit zu unterscheiden ist.

Auch die Feststellungen in den Erläuterungen zu Z 6 sind diesbezüglich nicht aussagekräftig. Ein Intelligentes Messgerät liegt gemäß der Begriffsbestimmung in § 7 Abs 1 Z 26 GWG nur dann vor, wenn der Zähler über eine fernauslesbare Datenübertragung verfügt. Eine solche wird in § 3 Z 6 des Verordnungsentwurfes aber nicht erwähnt.

Aus unserer Sicht ist es notwendig die Anforderungen an intelligente so klar zu formulieren, dass es den Netzbetreibern möglich ist diese zu spezifizieren.

Bei Messgeräten, die über keine interne Speichermöglichkeit verfügen, ist es derzeit nicht möglich Zählerstände mit dazugehörigem Zeitstempel zu übertragen. Bei Messgeräten, die in Ex-Zonen installiert sind und unter diese Verordnung fallen, kann derzeit keine Kommunikation, bei der Zählerstände übertragen werden, aufgebaut werden.

Die Erläuterungen zu Z 6 sollten – in Anlehnung an die Vorgangsweise im Strom – bei der Auslesemöglichkeit der 60-Minutenwerte um die „betriebliche Notwendigkeit“ erweitert werden. Der 2. Absatz sollte daher wie folgt lauten:

„60-Minutenwerte können nur entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen übermittelt werden und setzen eine Zustimmung des Kunden bzw. eine entsprechende vertragliche Ausgestaltung voraus oder sie sind zur Aufrechterhaltung eines sicheren und effizienten Netzbetriebes notwendig.“

Zu § 3 Z 7:

Die Batteriebensdauer ist vor allem von der Art der Kommunikation wie z.B. immer bidirektional (daher keine sleep Phasen und damit einhergehend deutlich höhere Datendichten sowie Energieverbräuche und/oder Störungen) bis hin zu klimatischen

Umgebungsbedingungen, welche ein verstärkte chemische Alterung der Batterie verursachen können, abhängig. Es muss daher den Erkenntnissen und daraus entwickelten fertigen Lösungskonzepten für batteriebetriebene Smart Meter (M/441-CEN-TC 294) Rechnung getragen werden (nicht grundsätzlich bidirektional, sondern wenn nur bei Bedarf) um ein Maximum an Betriebslebensdauer wie z.B. für eine Eich-Periode zu garantieren - auch aus ökonomischer als auch ökologischer Sicht.

Weiteres ist es nicht ausreichend, einfach eine Maximierung der Batterielebensdauer zu fordern. Eine Maximierung kann auf jeden beliebigen Zeitabschnitt erfolgen. Es werden sich die Kosten der Lösung sehr erheblich unterscheiden, ob die Batterielebensdauer beispielsweise auf einige Monate oder die Eichfrist maximiert oder für die Eichfrist garantiert wird. Um allen Netzbetreibern gleiche Rahmenbedingungen vorzugeben, regen wir die Festlegung einer garantierten Batterielebensdauer an.

Zu § 3 Z 8:

Die Erfahrungen zeigen, dass ein Smart Meter System nur dann funktionieren kann, wenn dieses in allen Aspekten beginnend mit der Planung abgestimmt entwickelt und errichtet wird. Eine Harmonisierung „ab dem Einbau“ ist unzweifelhaft zu spät und bildet die Grundlage für eine nachhaltige Inkompatibilität der Systeme.

Eine Harmonisierung der Spezifikation der Schnittstellen kann immer nur in dem Umfang stattfinden, als diese zwischen einer existierenden Infrastruktur und neuen Anforderung mit vertretbaren Mitteln möglich ist.

Zu § 3 Z 9:

Zu Z 9 ist auf die Problematik Stand der Technik versus Regeln der Technik zu verweisen. Die Erfüllung der Mindestanforderung, Messgeräte „nach dem Stand der Technik“ einzusetzen, ist aus unserer Sicht nicht umsetzbar.

Nach der Definition in den Erläuterungen ist es nicht nur erforderlich, dass die eingesetzten Messgeräte zum Zeitpunkt der Bestellung den Regeln der Technik entsprechen, diese müssen darüber hinaus den „auf den einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Entwicklungsstand fortschrittlicher.....“ erfüllen.

- Das könnte bedeuten, dass in den real verfügbaren Produkten aktuelle einschlägige wissenschaftliche Erkenntnisse verfügbar sein müssen. Der wissenschaftliche Erkenntnisstand kann aber erst nach einer Phase für Planung, Herstellung von Prototypen, Funktions- und Abnahmetests und Überführung in eine Produktlinie einfließen. Eine Erfüllung der Anforderung zu jedem Zeitpunkt ist daher unmöglich, weil die in einem realen Produkt eingeflossenen wissenschaftlichen Erkenntnisse immer vom aktuellen Erkenntnisstand der Wissenschaft abweichen.
- Nachdem sich der wissenschaftliche Erkenntnisstand laufend erweitert, wäre weiters eine laufende Anpassung der eingesetzten Messgeräte (und wie in den Erläuterungen hingewiesen auch der mit den Messgeräten verbundenen EDV-Infrastruktur) erforderlich.

Betreffend den Terminus „Stand der Technik“ in dieser Verordnung sehen wir daher keine Rechtssicherheit für die längerfristige Verwendung intelligenter Messgeräte. Diese Problematik ist unbedingt eindeutig zu klären (zB garantierter Einsatz der Messgeräte über eine Eichperiode).

Aus Gründen der Planbar- und Wirtschaftlichkeit müssen einmal zugelassene Messgeräte (zum Zeitpunkt der Zulassung dem Stand der Technik entsprechend) über die gesamte Lebensdauer weiter verwendet werden können.

In den Erläuterungen wird zudem ausgeführt, dass als Stand der Technik jedenfalls das deutsche Konzept „Protection Profile“ des Bundesamtes für Sicherheit in der Informations-

technik (BSI) mit einem Hardware Security Module) angesehen werden kann. Das deutsche Konzept umfasst die Zähler aller Sparten und ist noch nicht fertig definiert. Der Hinweis auf das BSI-Konzept sollte daher – analog zum Strom – aus den Erläuterungen gestrichen werden.

Im vorletzten Absatz der Erläuterungen wird in die Verschlüsselung auch das Display einbezogen. Uns ist unklar, was ein „verschlüsseltes Display“ anzeigen soll und wie die autorisierte Person es entschlüsseln soll. Das Display ist – analog zum Strom – von der Verschlüsselung auszunehmen.

Im letzten Satz der Z 9 hat der Begriff „kundenbezogenen“ zu entfallen, da ohnehin eine (gerätebezogene!) Individualisierung vorzunehmen ist. Darüber hinaus wird ein kundenbezogener und damit personenbezogener Schlüssel aus Gründen der Datensicherheit als problematisch gesehen.

Zur Klarstellung schlagen wir daher zB die folgende Formulierung vor:

„ ... mit einem individuellen ~~kundenorientierten~~ Schlüssel je Messgerät zu authentisieren und zu verschlüsseln.

Zu § 3 Z 10 und 11:

Es liegen weder Vorschriften noch Richtlinien für eine entsprechende Umsetzung vor.

Zu den Erläuterungen:

Die Fußnoten in den Erläuterungen zu § 3 Z 5 sind anzupassen. Die Energieeffizienzrichtlinie ist bereits am 14. November 2012 im Amtsblatt der EU veröffentlicht und die zitierte Eichvorschrift bezieht sich auf Elektrizitätszähler.

Die Aussage der Erläuterungen zu § 3 Z 11 (2. Absatz) ist uns noch unklar. Sollte mit der verpflichtenden „Kosten/Nutzen- sowie Sicherheitsabwägung“ gesagt werden, dass einzelne Positionen/Anforderungen/etc. der zukünftigen Standards nicht umgesetzt werden müssen?

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Rückfragen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Mag. Michael Mock
Geschäftsführer



Mag. Michael Lichnovsky
Bereich Gas